

Aufwärts

Bezugspreis:

Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.25 und 0.80 Bestellgebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs Ausland unter Streifenband 1.95 (inkl. Postgeld). Preis der Einzelnummer 10 Pf. Postfachkonto Hannover 67 377.

Christliches Tageblatt

mit den Beilagen „Für Herz und Haus“, „Kindergabe“ und „Unser Ziel.“

Anzeigenpreis:

Die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig. Restame 30 Pf. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Pf. Schluß der Anzeigenannahme nachmittags 3 Uhr. Postfachkonto Hannover 67 377.

Nr. 188.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Mittwoch, den 13. August 1930.

12. Jahrgang.

Der schwanket wie ein Rohr, von jedem Wind bewegt,
Ein Schwächling ist's, für den auch niemand Achtung hegt.
Stiegler.

Zur Klärung der Lage.

Schluß.

Man war sich in den Kreisen der übrigen Regierungsparteien längst darüber klar geworden, daß es so nicht mehr weitergehen konnte. Mit mehr Mut, als von sozialdemokratischer Seite aufgebracht wurde, ergriffen die von dem Reichspräsidenten Hindenburg beauftragten und von seinem Vertrauen getragenen Männer die Zügel der Regierung, um das deutsche Volk vor dem Chaos zu bewahren. Obwohl die einzelnen Persönlichkeiten die Gewähr für eine fruchtbare Arbeit bieten, so war der Erfolg dennoch stark in Frage gestellt. Unsere parlamentarischen Verhältnisse bedingen eine Mehrheit für die Reichsregierung, wenn sie ihre Befehle unter Dach und Fach bringen will. Diese Mehrheit war nicht vorhanden, so daß wir es mit einer Minderheitsregierung, an die die hinter ihr stehenden Parteien noch nicht einmal gebunden waren, zu tun hatten. Der Regierung freundlich gegenüber standen nur die vor längerer Zeit aus der Deutschnationalen Volkspartei ausgetretenen 12 Abgeordneten, ferner die Christlich-nationale Bauern- und Landvolkspartei sowie die Deutsche Volkspartei, die Wirtschaftspartei und die Demokraten, wahren Kommunisten und Sozialdemokraten die Opposition von links, die Deutschnationalen unter Hugenberg und die Nationalsozialisten die Opposition von rechts bildeten. In einer derartigen Situation zu regieren, ist schon mehr als ein Kunststück und kann nur aus dem ungeheuren Verantwortungsgefühl heraus verstanden werden, welches diejenigen empfinden, welche bereit waren, sich ganz für Volk und Vaterland einzusetzen und dafür Opfer zu bringen.

Nun entsteht die Frage: Mußte es soweit getrieben werden, daß der Reichstag aufgelöst und Neuwahlen ausgeschrieben wurden für eine Zeit, in der die Landwirtschaft an alles andere zu denken hat, nur nicht an Wahlarbeit? Wäre es nicht möglich gewesen, eine Mehrheit für die Regierung zu gewinnen, damit sie ungestört ihre Arbeit fortsetzen konnte? Hier schieden sich die Geister. Es entstand die Frage: Wer ist für, wer ist gegen die Regierung? Wer ist für und wider den Reichspräsidenten Hindenburg? Wenn man diese Fragen einer Prüfung unterziehen und Verständnis für das Verhalten der einzelnen Parteigruppen gewinnen will, dann muß zunächst eine andere Frage behandelt und geklärt werden, nämlich die Frage: Wie stehen wir zum Staat? Bisher waren es im wesentlichen die Parteien der Weimarer Koalition, welche eine staatsbejahende Stellung einnahmen, während Teile der Wirtschaftspartei, der Deutschen Volkspartei, insbesondere aber die Rechtsparteien den heutigen Staat verneinten. Die Verneiner, auch die Westarp-Gruppe, gingen bisher von dem Gesichtspunkt aus, daß man mit einer monarchischen Gefinnung im Herzen diesem republikanischen Staat nicht dienen könne. Die Extremen um Hugenberg herum gehen noch einen Schritt weiter und vertreten die Ansicht, daß diejenigen, die uns in diese furchtbare Lage hineinmanövriert haben, nun auch die Verantwortung für ihr Tun und Lassen tragen müßten. Sie fordern darüber hinaus völlige Umkehr vom heutigen System und erklären den Marxisten den schärfsten Kampf. Die Parteien, die bisher schon in der großen Koalition mitgearbeitet haben, wie zum Beispiel die Deutsche Volkspartei, haben diese staatsverneinende Einstellung schon lange verlassen und sich auf den Boden des Gegenwartsstaates gestellt, während die Kreise um Graf Westarp, Treviranus und andere erst in neuester Zeit sich zu der Auffassung durchgerungen haben, daß die heutige Entwicklung ein Festhalten am Alten nicht mehr rechtfertige, sondern Mitarbeit, Sich-zur-Verfügungstellen heute höchstes Pflichtgebot sei. Dieser letzten Auffassung stimmen auch wir zu. Wohin wir in den letzten 10 Jahren gekommen sind durch das Betreiben einer fruchtlosen Opposition, durch das Beiseitstellen, ist im ersten Teil dieses Artikels gesagt worden. Andere haben regiert und haben den Staat so gemodelt, wie es ihren Auffassungen entsprach. Die Futterkrippenpolitik hat eine überaus große Rolle gespielt und der Marxismus wie auch Rom haben durch Befestigung der wichtigsten Verwaltungsstellen den Staat in die Hand bekommen. Nun stehen wir auf allen Gebieten vor dem völligen Zusammenbruch. Sollen wir, wie Hugenberg will, es zugeben, daß die Katastrophentheorie Deutsch-

land in ein Chaos verwandeln, aus dem es sich nicht mehr erholen wird? Oder wollen wir, indem wir Einfluß auf die Führung der Staatsgeschäfte bekommen, versuchen, das Volk vor dem Schrecklichsten zu bewahren und durch tiefgreifende Maßnahmen versuchen, eine Rettung aus tieferster Not herbeizuführen? Das ist die große Frage und wer diese Frage richtig zu beantworten weiß, der kann die Politik des weiteren Sich-treiben-lassens nicht mitmachen, der kann dem Ruf: „Weg vom Staat!“ nicht folgen, sondern er wird bereit sein, sich dem Staat, auch in seiner jetzigen Form, zur Verfügung zu stellen, um den noch gesunden Volkskräften Gelegenheit zu geben, begangene Fehler wieder gut zu machen.

Von dieser Ansicht haben sich die Männer leiten lassen, die unter Führung des Grafen Westarp-Treviranus die deutschnationale Fahne verlassen haben. Wir kennen die Männer und wissen, daß ihnen dieser Schritt nicht leicht geworden ist, aber um des Staates und seiner Wirtschaft und um des leidenden Volkes willen haben sie diesen Schritt getan in einem Augenblick, wo auch der Reichspräsident von Hindenburg rief und die Forderung erging, ihm zu folgen. Wenn die Kreise um Hugenberg diesen Männern aus ihrer Haltung einen Vorwurf machen, dann darf ruhig nochmals zum Ausdruck gebracht werden, daß einzig und allein das Verantwortungsgefühl für Volk und Vaterland sie geleitet hat.

Nun die Rehrseite. Hugenberg will mit diesem Staat nichts zu tun haben, es sei denn, daß das System vollständig geändert werde. Dazu gebraucht man jedoch, wenn man selbst über eine Mehrheit nicht verfügt, Parteien, mit denen man eine Mehrheit bilden kann. Ist aber für einen völligen Systemwechsel eine Mehrheit nicht zu haben, wie das bei der Vielseitigkeit unseres Parteilebens in Deutschland leider der Fall ist, dann wird man selber etwas nachgeben müssen, um die Bahn für den Bundesgenossen freizumachen. Das ist Politik des Möglichen, aber auch des Notwendigen, wenn man bedenkt, daß die heutige Lage Hoffnungen auf Fernziele nicht gestattet. Hugenberg denkt anders: Alles oder gar nichts, und muß nun erleben, daß er mit einem Häuflein Getreuer einsam seine Straße zieht, denn die vielen Kundgebungen der paar Mitglieder der Landesverbände für Hugenberg besagen gar nichts, die Entscheidung liegt bei den Wählern.

Unter Würdigung all dieser Gesichtspunkte, die hier zusammengetragen sind, ist es schwer verständlich, daß ein Mann wie Hugenberg, der nicht nur ein guter Deutscher ist, sondern der auch besonders mit seinen glänzenden Gaben als Organisator vieles für die Belebung des deutschen und des vaterländischen Gedankens geleistet hat, es nicht einzusehen vermag, welche katastrophalen Folgen diese Handlungsweise haben wird. Zunächst sei daran erinnert, daß die große Reformarbeit dieser Regierung sich gewaltig verzögert, daß die Osthilfe nicht im vollen Ausmaß durchgeführt werden kann, daß die Reichstagsauflösung und vielleicht auch eine zweite Reichstagsauflösung ungeheuer viel Zeit raubt, die für den Aufbau so bitter notwendig gewesen wäre. Bedenkt Hugenberg ferner nicht, daß sein Verhalten sehr leicht zu einer Staatskrise führen kann, indem unser allverehrter Herr Reichspräsident, der während seiner fünfjährigen Präsidentschaftszeit noch nicht ein einziges Mal gegenüber den Sozialdemokraten sich so weit vorgewagt hat wie heute, in eine so schwierige Lage kommen kann, daß Rücktrittsgedanken möglich und wahrscheinlich sind? Es ist dem Parteiführer Hugenberg das alles auf das eindringlichste vor Augen geführt. Aber nein: Alles oder nichts! Oder sollten seine Versuche, mit der Reichsregierung Brüning sich zu verständigen, wirklich den Zweck gehabt haben, durch ein Entgegenkommen in Preußen die Situation zu retten? Wer Gelegenheit hat, hinter die Kulissen zu schauen, der weiß, daß das nur taktische Manöver waren. Man wollte die Schuld am Scheitern von den eigenen auf andere Schulternwälzen; denn ein so kluger Mann wie Hugenberg hat sich bestimmt gesagt, daß es Herrn Dr. Brüning vom Abend bis zum anderen Morgen unmöglich gelingen konnte, die Preußenfraktion des Zentrums von der Preußenfraktion der Sozialdemokratie zu trennen. Es handelte sich um ein Manöver, das dem anderen sehr ähnlich sieht, als Hugenberg an den Reichskanzler nach der Auflösung des Reichstages, obwohl er mit seinen Getreuen die erste Notverordnung betr. Osthilfe abgelehnt hatte, brieflich die Forderung richtete, die Osthilfe auf dem Wege der Notverordnung durchzuführen, und das in einem Augenblick, als die Verordnung schon längst beschlossen und vom Reichspräsidenten unterzeichnet war.

Würde Hugenberg die Hand mitgeboten haben zur Schaffung einer großen Mehrheit, die sich aus staatspolitischen Einsicht bejahend dem heutigen Staat gegenübergestellt hätte und bereit gewesen wäre, an demselben mitzuarbeiten, dann hätte er seinem Vaterlande, das auch das untergeordnete, einen großen Dienst erwiesen. Viel Bruderkampf wäre uns im bevorstehenden Wahlkampf erspart geblieben, wenn er diese unheilvolle Zersplitterung durch ein frühzeitiges Einlenken vermieden hätte. Die um Graf Westarp, Treviranus, Behrens, Hüfner und wie sie alle heißen mögen, können mit dem Gefühl in den Wahlkampf ziehen, durch ihre Haltung den Weg freigemacht zu haben für eine Entwicklung, die uns gesunden Verhältnissen entgegenführen kann. Allerdings brauchen wir dazu Geduld! Was in 10 Jahren vernichtet worden ist an Volksvermögen und Volksvertrauen, kann nicht wieder in kurzer Zeit herbeigezaubert werden. Den Männern aber, die sich hinter Hindenburg gestellt haben, die bereit sind, sein Programm durchzuführen, verdienen es, daß wir ihnen folgen mit dem Willen, der guten und gerechten Sache den Sieg zu erkämpfen. W. W.

Schicksalsstunde des Parlamentarismus.

Von Dr. Otto Siegel, Berlin.

Die Stärke und die Schwäche des demokratischen und parlamentarischen Systems richten sich nach dem Geiste der Zeit. So zahlreich die Möglichkeiten sind, mit Hilfe des demokratischen Systems zu arbeiten und zu herrschen, so ist als Begründung im allgemeinen eine Linie festzustellen, deren Ausgangspunkt die feste geschlossene Mehrheit gewesen, deren Ziel die außerordentlich bewegliche kleine Zufallsmehrheit geworden ist, das System der wechselnden Mehrheiten liegt in der Mitte zwischen beiden Extremen. Hierin spiegelt sich eine Entwicklung wieder, die nicht auf das deutsche Reich allein beschränkt ist, wenn sich auch im Augenblick die Kennzeichen der Krise des Parlamentarismus besonders kraft bemerkbar gemacht haben. Nein, auch in Großbritannien und Frankreich, als den ältesten Vorkämpfern des demokratisch-parlamentarischen Gedankens, um ganz zu schweigen von den Entwicklungstendenzen des Parlamentarismus in einigen osteuropäischen Staaten, liegt die Krise des Parlamentarismus offen zutage.

In diesem Augenblick ist es verständlich, daß sich auch gerade die italienische Kritik eingehend mit den Krisenerscheinungen des demokratischen Parlamentarismus befaßt. Arnaldo Mussolini, der Bruder des Duce, hat seinen zahlreichen grundsätzlichen Äußerungen über die Fragen der inneren und äußeren Politik eine neue hinzugefügt. Vor wenigen Tagen erschien von ihm im „Popolo d'Italia“ ein Beitrag über die Widersprüche im heutigen Parlamentarismus, in denen er zu den Wechselbeziehungen des autoritären und repräsentativen Lebens Stellung nimmt. Die Äußerungen von Arnaldo Mussolini verdienen um so größere Beachtung, als sie gleichzeitig die Auffassung des Leiters der italienischen Geschichte und damit die grundsätzliche italienische Staatsauffassung kennzeichnen, in denen sich die systematische Einstellung des italienischen Standpunktes ausdrückt. Diese Linie war schon bei der Erörterung der zahlreichen Fragen des Reparationsproblems zu beobachten; die Aussprache über die Briand'sche Paneuropa-Denkschrift ergab eine neuerliche Gelegenheit, die künftigen Fragen einer europäischen Gemeinschaftsarbeit vom italienischen Standpunkt aus zu beleuchten, die Beurteilung der parlamentarischen Krisenerscheinungen in verschiedenen Staaten Europas mußte Italien zur Klarstellung auf innerpolitischem Gebiet zwingen.

Mussolini erinnert an die Wirksamkeit des Artikels 48 der deutschen Reichsverfassung in der jüngsten Phase der deutschen parlamentarischen Politik, an die letzten Parlamentskämpfe des MacDonald'schen Parlamentarismus, an die Schließung des französischen Parlaments durch Tardieu. Aus diesen Tatsachen der letzten parlamentarischen Vergangenheit Deutschlands, Großbritanniens und Frankreichs leitet Mussolini den Schluß ab, daß das parlamentarische System nicht geeignet ist, mit Weisheit und mit der nötigen Voraussicht die Völker zu regieren. Daraus ergibt sich seine Erkenntnis, daß das Problem der Autorität, das im modernen Leben zum Hauptproblem geworden ist, in der Repräsentation die

logische Begründung für sein Verwachsen und sein Leben finden wird.

Die Betonung des Autoritätsstandpunktes wird aber gleichzeitig als Ansatz dafür gelten müssen, die parteimäßige Reform in die Wege zu leiten. Aus dem Autoritätsstandpunkt ergibt sich folgerichtig die Tatsache, daß die Partei und die Parteiherrschaft als solche nicht Selbstzweck bedeuten kann, sondern nur Mittel dafür, die Berechtigung für die Staatsführung im Sinne der Aufbauarbeit für das gesamte Staatsvolk abzuleiten. Dieses Ziel wird auch die Möglichkeit dafür bieten, daß der demokratische Parlamentarismus, der theoretisch auf die Erreichung des größtmöglichen Mehrheitsverhältnisses Wert legt, dazu mißbraucht wird und sich mißbrauchen läßt, mit Mehrheitsverhältnissen zu arbeiten, die durchaus nicht mehr das Recht haben, praktisch den Anspruch auf den Mehrheitswillen zu erheben.

Die Entwicklung des demokratischen Parlamentarismus hat zwangsläufig dazu beigetragen, daß im Rahmen der parlamentarischen Arbeit das Hauptgewicht nicht mehr auf das Ziel, sondern auf den Weg gerichtet ist. Gewalttätige staatspolitische Aufgaben wurden uns nach Beendigung des Krieges gestellt, ihre Lösung ist wieder und immer wieder durch die parteimäßigen Konflikte, durch die Rücksichtnahme auf die Stimmung im Parlament verhindert und auf unbestimmte Zeit verschoben worden. Die häufige, man kann sagen, regelmäßige vorzeitige Auflösung des Reichstages in Deutschland und der parlamentarischen Kammern in den anderen Staaten legt berechtigt davon Zeugnis ab, daß sich im Verlauf jeder Legislaturperiode so starke Spannungen und unüberbrückbare Widerstände ergeben haben, daß nur die Auflösung des alten Parlaments und Neuwahlen die Möglichkeit boten, weiterzuarbeiten.

Der Weg der Entwicklung des demokratischen Parlamentarismus wird nicht so verlaufen dürfen, wie es bisher der Fall gewesen ist. Jede Neuwahl hat den Parlamentarismus um einen Funken autoritären Gefühls ärmer gemacht. An die Stelle eines überragenden Autoritätsstandpunktes ist der Gruppenegoismus getreten, der selbst im Fall hoher nationaler Zielsetzung die einheitliche Frontbildung durchbrach, weil parteimäßige Sondergelüste dies erforderten. Die Reform des Parlamentarismus kann nur so gedacht werden, daß die Möglichkeit besonders gekräftigt wird, die Einheit im Handeln wieder zu finden, die bisher durch die Kritik der Gruppen und Interessen verloren gegangen war.

„In die Arme der Religion“.

Unbeabsichtigte Wirkung des Bolschewismus.

In der Zeitschrift „Religion und Sozialismus“ führt Walter Müller, der die Verhältnisse in Rußland durch langjährige Zugehörigkeit zur kommunistischen Partei und einen halbjährigen, kürzlich beendeten Aufenthalt unter russischen Arbeitern in Moskau kennt, den Nachweis, daß heute in Sowjetrußland die Religion eine große Rolle spielt. Der Stalin-Bolschewismus treibe die Menschen geradezu in die Arme der Religion. Je weiter nämlich die Entredung der Massen durch die Diktatur einzelner Persönlichkeiten fortschreite, desto mehr suchen die aktiven Schichten, Männer, Frauen, Jugendliche — Persönlichkeiten, deren Individualität erwacht ist, die die Frage nach dem Zweck und Ziel ihres Lebens ausdrücklich stellen. Sie sitzen in elenden Löchern beisammen, singen, beten und lauschen den Worten ihres „Vertrauens-

mannes“, ihres Predigers. Das Gebet und die religiöse Aussprache gibt ihnen das, was die Diktatur von ihnen fernhält: die Möglichkeit, sich auszupressen. „Die Belegschaften großer Betriebe“, so schreibt der Verfasser, „sind im Stillen gruppiert nach religiösen Richtungen. Die Sekten besitzen eine große Anziehungskraft. Sie treiben eine starke Propaganda, richten Kurse ein im Nähen, Schneidern, Maschinenschreiben und Stenographie, Sprachen und Literatur. Die Regierung bekämpft diese Wirksamkeit durch die den Kommunisten eine starke Konkurrenz erwachsen ist. Die kommunistischen Organisationen verlangen die Heraustreibung der Sekten aus ihren meist elenden Lokalen. Vertreibt man sie aber auf die Straße, so erlebt man eine missionarische Tätigkeit: die Gläubigen sprechen ihre Mitmenschen an und treiben auf der Straße Propaganda. Auch der Druck äußerer Gewalt ändert nichts daran, daß Millionen ihre Befriedigung in der Religion suchen und finden.“

Auch wenn die religiöse Betätigung nur ein Ventil darstellt für einen Tatendrang, der an sich nach anderer Richtung geht und daher nicht notwendig in einer letzten Tiefe wurzelt, so bleibt doch die ungewöhnliche Bedeutung dieser Geiststellungen eines unverdächtigen Zeugen bestehen.

400 Jahre Protestantismus im Siegerland.

Bedeutungvolle Ausstellung im Schloß zu Siegen.

Aus Anlaß der 400-jährigen Wiederkehr der Einführung der Reformation in den ehemals nassau-oranischen Landen werden in den Kirchenkreisen Siegen und Dillenburg vom 30. Oktober bis 1. November Gedächtnisfeiern im großen Rahmen stattfinden. Diese werden durch eine bedeutende Gedenausstellung im oberen Schloß in Siegen vorbereitet und eingeleitet. Die Ausstellung, die von namhaften Museen, Archiven und Bibliotheken Deutschlands und Hollands sowie aus fürstlichem Privatbesitz beschickt ist, bringt in historischer und künstlerischer Hinsicht das Zeitalter der Reformation und die weitere Entwicklung der Kirche und des religiösen Lebens in den genannten Kreisen zur Darstellung. Die Ausstellung ist vom 11. August ab geöffnet und jedermann zugänglich.

Von Freiburg bis Dresden.

3 Jahre erfolgreicher Gewerkschaftsarbeit.

Auf der Generalversammlung des christlichen Textilarbeiterverbandes in Dresden legte der Verbandsvorsitzende Fahrenbrach am 5. August den Geschäftsbericht des Verbandes vor.

Die letzten Jahre waren Krisen- und Kampfsjahre. 1927 standen noch mehr als 98 Proz. der Mitglieder in voller Beschäftigung, nur 0,6 Proz. waren arbeitslos, 1,3 Prozent arbeiteten verkürzt. Am 1. Juli dieses Jahres dagegen war nur noch gut die Hälfte der Mitglieder voll beschäftigt, 11,2 Proz. waren arbeitslos, 34,2 Prozent kurz- arbeiter.

Diese Zahlen umschließen eine Unsumme materieller und seelischer Not.

In Notzeiten treibt der Radikalismus üppige Blüten. Durch Massenausperrungen in Rheinland, Westfalen, in Sachsen, Thüringen, in der Lausitz, in Schlesien, versuchten die Arbeitgeberverbände den Arbeitern die tariflichen Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verschlechtern.

Rund 30 Prozent der Verbandsmitglieder waren an den 44 Arbeitskämpfen beteiligt. Mit unerschütterlichem Vertrauen stand die Arbeiterschaft zu ihrem Verband und dessen Führung. Das beweist die Entwicklung des Ver-

bandes. Die Mitgliederzahl ist um mehr als 10 000 gestiegen. Obgleich die Kämpfe und Bewegungen für die Zentralkasse eine Ausgabe von 2 264 605,76 RM. verursachten, bieten Beitragseinnahmen und Verbandsvermögen ein Bild gesunder Finanzpolitik.

Wir konnten nicht nur die geplanten Verschlechterungen abwehren, sondern auch wesentliche Verbesserungen erringen, sowohl in der Erhöhung von Tariflohnfähigkeiten als in der Verkürzung der Arbeitszeit und Vermehrung der Ferientage. Entsprechend der fortwährend gestiegenen Arbeitslosenzahl stiegen die Aufwendungen für Unterstützung. Zur Vinderung der Not bei Krankheit, Arbeitslosigkeit und Sterbefällen hat die Zentralkasse 948 135,23 RM. verausgabt. Eine Unsumme mühevoller aber auch erfolgreicher Wirkens, das in der Öffentlichkeit und selbst der Verbandsleitung nicht bekannt wird, leisten die vielen Vorstandsmitglieder, Vertrauensleute, Betriebsräte, Arbeiterinnen- und Jugendführer in den 450 Ortsgruppen. Ihnen verdanken wir vor allem die erzielten Erfolge.

Gleiches Recht für alle!

Die diesjährige Verfassungsfeier der Reichsregierung erhielt eine besondere Note durch die mit der Gedächtnisfeier im Reichstag verbundene nochmalige Feier des Abzugs der Franzosen vom Rhein. In Berücksichtigung dieses Charakters der Verfassungsfeier ließ Reichsinnenminister Dr. Brüning seine Rede ausfallen in die Forderung: Gleiches Recht für alle Völker, und Reichskanzler Dr. Brüning formulierte, ausgehend von der nationalen Geschlossenheit, die das rheinische Volk in den schweren Jahren der Fremdherrschaft gezeigt hat, den Satz: durch Einigkeit zu wahrer Freiheit.

Die Aus schmückung des Plenarsaals war gegenüber den Vorjahren bewußt vereinfacht worden. Immerhin trug der Reichstag mit den vielen Bannern, mit seinem Tannengrün und Blumen schmuck, auch so noch ein festliches Gewand, das von den in den Ecken des Plenarsaals aufgestellten Vorbeerbäumen noch vervollständigt wurde.

Eine halbe Stunde vor Beginn der Feier begann sich der Plenarsaal zu füllen. Auf einer der Tribünen bemerkte man etwa 25 Primaner und Primarinnen, die von verschiedenen Reichsteilen nach Berlin gekommen und von der Reichsregierung zur Feier im Reichstag eingeladen worden waren. In der Diplomatenloge nahmen die fremden Botschafter und Gesandten unter Führung des päpstlichen Nuntius Orsenigo Platz. Reichspräsident von Hindenburg wurde wie immer bei seinem Eintritt durch Erheben der Versammlung von den Plätzen geehrt.

Im Gedanken an die Räumung des Rheinlandes begann die Feier mit dem Gesang des uralten Gläserchen Liedes „Lammes empor“, vorgetragen von dem Staats- und Domchor, unter Leitung Prof. Wille. Alsdann nahm Reichsinnenminister Dr. Brüning das Wort. Mit Recht stellte Minister Brüning an den Anfang seiner Rede die Erklärung, daß heute zwar die Rheinlande von fremder Besatzung befreit, trotzdem aber bedeutende Fragen der deutschen Außenpolitik noch ungelöst sind. Noch wählte der Verfasser der Vertrag mit manchem Stachel im deutschen Fleische!

Für diejenigen unter den fremden Botschaftern, die diese Erklärung anging, sagte Minister Brüning der Deutlichkeit halber noch hinzu, das Saargebiet wolle wieder heim zum deutschen Vaterland und das Rheinland wolle nach der Räumung auch der Bindungen ledig werden, durch die es zu einem Land minderen Rechts geworden sei.

Gewiß, im Vordergrund unseres Sinnes und Trachtens stehen gegenwärtig Fragen der Wirt-

Weltbundtagung des Jugendbundes für entschiedenes Christentum.

Es gehört wohl zu den seltenen Erlebnissen, wie es uns die in den Tagen vom 5. bis 10. August stattgefundene Weltjugendbundtagung in den Ausstellungshallen im Westen Berlins geboten hat.

Nicht nur die Impofanztheit des äußeren Bildes, die uns in ihren Bann zog, ist es, was für lange Zeit in der Erinnerung haften wird (waren es doch wohl schätzungsweise an 15 000 und mehr Teilnehmer, die die Hallen füllten) sondern vor allem die innere Schau verdient es, besonders an dieser Stelle erwähnt und gebührend gewürdigt zu werden, zumal auch die nichtchristlichen Tagesblätter Tag für Tag sich mit diesem Gegenstand beschäftigen. Freilich kann es nur mit ganz kurzen Strichen geschehen, wenn wir ein Bild zu geben versuchen von dem, was mit gewaltiger Macht Geist und Gemüt gefangen nehmen mußte.

Aus allen fünf Erdteilen und deren vielen Ländern hatten sich Vertreter der EC-Sache eingefunden (Amerika allein stellte 400 Vertreter), die alle Zeugnis gaben von der Entstehung, dem Wachstum und dem augenblicklichen Stand dieses gesegneten Werkes, welches die gesamte Welt umspannt; und es mußte auf uns Deutsche einen besonders tiefen Eindruck machen, aus dem Munde des derzeitigen Weltbundpräsidenten Daniel A. Poling, D. D., der das Hauptreferat hielt, das Zeugnis zu vernehmen, daß in keinem Lande diese Bewegung so rasche Fortschritte gemacht habe, als wie in Deutschland. Die Jugendbund-Hauptstelle in Deutschland sei wohl die anfänglichste in der ganzen Welt, von noch größerer Bedeutung sei deutsches Erkennen und Festhalten an dem Glauben und an den Grundsätzen der Bewegung — die Betonung der Evangelisation — der Treue zu den Idealen des Familienlebens — der Loyalität zur Reformation — der Unterstützung der Mission und das Begehren, Christus zum Herrscher zu machen. Dies alles — so sagte der Redner mit gehobener Stimme — erfreue die Herzen und erhebe sie zur Dankbarkeit zu Gott.

Leider ging trotz der Lautsprecher in dem weiten Raume manches der gesprochenen Worte für das Ohr verloren und muß durch das gedruckte nachgeholt werden. Kostbare Zeugnisse sind es, die von der weltumspannenden Gnade Kunde geben und die sich in so auffallender Weise auf dem Gebiet der Jugendbundsarbeit bewiesen hat; und ohne Frage wird diese Tagung auch überzeugend und befruchtend wirken auf die christlichen Kreise, die der Sache bislang weniger nahe gestanden haben, ja, auch die Kirche wird starke Notiz davon zu nehmen Veranlassung haben. So soll ja auch die Tagung ihren Abschluß darin finden, daß in allen Stadtteilen am 10. August ein Festgottesdienst in den Kirchen stattfinden soll, und es dürfte sich wohl kaum eine Kirchengemeinde ausschließen und nicht von diesem Anerbieten Gebrauch machen.

Die Vorstellung der zahlreichen J.-B.-Sekretäre gab bei allem Ernst doch auch zu manch heiterer Szene Veranlassung. Sie wurden von der Versammlung stehend und mit Zuwinken der erhobenen Hände und mit Taschentüchern begrüßt. Ehrfurchtsvoll wurden dann auch die Gegenseitwünsche der Reichspräsidenten der verschiedenen Länder entgegengenommen, worauf dann die Enthüllung der Reichsfahnen aller vertretenen Länder vor sich ging und die dann an der Menge vorbeidefilieren, wobei ihre Träger, jeder in seiner Landessprache singend, ihr Loblied erschallen ließen.

Die Mahlzeiten wurden gemeinsam eingenommen, wobei die Jugend die Aufwartedienste zu leisten hatte. Reden und Zeugnisse waren von ganz erhebenden musikalischen Darbietungen umrahmt.

Mit Nachdruck wurde hervorgehoben, daß die Stärke der Jugendbundbewegung nicht in Zahlen bestehe, sondern, daß sie mehr sei als eine Rechenstunde, wenn schon auch selbst die Arithmetik überraschend wirken müsse. So beträgt die Gesamtzahl der Bünde 80 113; davon entfallen auf Zentralamerika 25, auf Südamerika 176, auf Europa 12 938, auf Afrika 756, auf Australien 2 523, auf Asien 6 088 auf die Inseln 551, auf Nordamerika 57 056 — die Zahl der Mitglieder aber beträgt rund 4 Millionen und entfallen etwa hundert evangelischen Konfessionen.

Neben den verschiedenen Trachten und Gewändern, Fahnen und Symbolen, die da zu schauen waren, war es

doch vornehmlich der Feuergeist, der aus all den Reden und in der Haltung dieser so verschiedenen Menschenkin der sich offenbarte, der diese Tagung auszeichnete. Hier trat es in aller Deutlichkeit zutage, wie das Wort Jesu von der Einheit seiner Jünger sich zu kristallisieren vermag. Trotz aller äußeren Unterschiede in Sprache, Sitte u. a. m. eins in Jesu Geist.

Alles in allem, die Weltbundtagung des Jugendbundes für entschiedenes Christentum ist als ein bereichendes Zeugnis von der Machtwirkung des Gottesgeistes in unsern so trüben Zeiten politischer wie religiöser Krisen zu werten.

Es ist zu hoffen, daß auch die noch ausstehenden Veranstaltungen, wie der große Konzert- oder Musikabend, sowie das gemeinsame Brotbrechen einen ebenso harmonischen und gesegneten Verlauf nehmen, wie alle bisherigen engeren wie öffentlichen Vereinigungen.

In dem Kreuzzug des Jugendbundes für EC., zu welchem der Bundespräsident allen Ernstes aufrief, sollen bis zur nächsten Weltbundtagung eine Million Menschen für Jesus gewonnen werden. Deutschland soll dazu den Weg weisen.

Das Motto der christlichen Jugendbewegung lautet: Für Christus und die Kirche! und aus der Rede des Weltbundpräsidenten ertönte die Parole gleichzeitig wie ein Siegesruf:

„Jesus ist unser Heerführer! Er ist unser Kamerad! Und die christliche Jugend wird Ihm folgen bis zu der Zeit, da Er herrschen wird, denn:

Jesus soll regieren, wohin die Sonne
nimmt unaufhaltbar ihren Lauf.“

Eine Abendfeier deutscher Frauen auf Burg Wettin an der Saale.

In den letzten Tagen des Juli hatte der Königin Luise-Bund seine Führerinnen zur Reichstagung in sein Heim auf Burg Wettin geladen. Liebedvolle Hingabe an die Idee helfender Frauenkraft in schwerer Zeit, der zähe Wille, dieser Idee eine Heimstatt zu geben, ließen

schaffts- und Wirtschaftskrisis materielle Not Aufmerksamkeit. unterliegen, daß eine gute Wirkung werden muß, w inneren Gefühls Frage gilt vielmehr die unerfüllten Bedürfnisse der Welt der Befreiung los freigeworden.

Daß im allgemeinen nicht ausschließlich, sondern daneben landes zu ein Deutsche Reich, Minister Treue, fundung der mit begründungs heute französische „Aufkommen ein ben und sich P Briand verteidigt Locarnopakt es weitgehend es wiederholt carnopakt ha Unrechts gegen len nicht handhabe gestellt hat, ist und die Lehre, Grenzen des gerechte Grenze Angesichts bisher gebracht Laufe der letzte handlungen erl Volke nur bega deutlich werd Volksempfinden men, an dem o klar zum Aus deutsche Volk zichten will, die aufstehen.

Die Forderungen des — Die Befreiung

Im Mitte Reichshauptstadt gleich der Bef Befassung und Vogelweide gen akt war der Pl schen. Die am die fremden Plagen gehi sechs riesige P Preußens.

Punktlich begleitet von Reihner, vor menge Goldig marischerte die aus Marien vier Glieder Der Stadtkomm die Front ab.

Auf der glieder des D

aus der Ruine eine Stätte ern deutscher Frau juchtvollen Stre zukunftsprohe Tal der Saale, sche Frauen sch und deutschen füllten auch in der alten Burg tungen um W Jucht und Sitte Frau, das in str eine Abendfeier den Abschluß. ftem Spiel gel sich die Hund Freunde aus W bei. Und es he hild. Aus Gebi nen, in denen mit vorsichtiger Krug-Witten he deutschen Volk urewiger Weib daß man wußte staltete, ist um Schluß Kriemh Serzen, von de Dunkel des R in der deutsche in die Tiefe d der nach Krien aufleuchten wir fein aus der f Jackeln ersch der nicht im Land. — Wenn sche Frauen zu

als 10 000 ge-
lungen für die
76 RM. verur-
teilt worden.

Beschlechterun-
Verbesserungen
Tariflohnstufen
Bermehrung
stehend gestiege-
nungen für Un-
bei Krankheit,
Zentralhülle
ne mühevollen
bekannt wird.
Vertrauensleute,
führer in den
vor allem die

alle!

Reichsregie-
die mit der
nochmalige
om Rhein.
der Verfall
Wirth seine
leichte Recht
Brüning for-
Geschlossen-
werden Jahren
durch Einig-

war gegenüber
t. Immerhin
ern, mit sei-
noch so noch
den Eden des
noch verboll-

er Feier be-
auf einer der
ter und Pri-
steilen nach
gierung zur
waren. In
Wirtschaftler
hen Muntius
enburg wurde
den der Ver-

Rheinlandes
alten Gläser-
tragen von
Prof. Rü-
Dr. Wirth
an den
heute zwe-
reit, trotzdem
Außenpolitik
fäulter Ver-
fleische!

Wirtschaftlern,
r Wirth der
gebiet wolle
das Rhein-
bindungen
nd münden

innens und
der Wirt-

In den Reden
Menschenkin-
schnete. Hier
Bort Jesu
kifizieren ver-
sprache, Sitte

Jugendbun-
ein beredtes
eistes in un-
er Krisen zu

henden Ver-
Musikabend,
enso harmo-
ne alle bishe-

CC., zu wels-
ef, sollen bis
menschen für
zu den Weg

ung lautet:
de des Welt-
tig wie ein

r Kamerad!

bis zu der

n

r Saale.

er Königin
ung in sein
Hingabe an
Zeit, der
ben, ließen

schaffs- und Finanzpolitik, dazu erheischt die
Wirtschaftskrisis, die nun schon so lange seelische und
materielle Not über Deutschland ausschüttet, unsere
Aufmerksamkeit. Es kann deshalb gar keinem Zweifel
unterliegen, daß in den nächsten Jahren vor allem
eine gute Wirtschaftspolitik in Deutschland gemacht
werden muß, weil zur Erklärung der Freiheit auch
innere Gesundheit gehört. Ganz aber dürfen außen-
politische Fragen nicht in den Hintergrund treten, es
gilt vielmehr schon jetzt, für die Durchsetzung der noch
unerfüllten deutschen Forderungen Vorarbeit zu leisten
und die Welt daran zu erinnern, daß Deutschland mit
der Befreiung von fremder Besatzung noch nicht rest-
los freigeworden ist.

Daß im übrigen die volle Befreiung Deutschlands
nicht ausschließlich im Westen erreicht werden kann,
sondern daneben auch die Zerschneidung des Weichel-
landes zu einer dauernden Gefahrenquelle für das
Deutsche Reich geworden ist, hat am Vortage Reichs-
minister Trebrianus im Rahmen der Reichstags-
kundgebung der heimattreuen Ost- und Westpreußen
mit begründeter Deutlichkeit festgestellt. Wenn
heute französische Zeitungen wegen dieser Rede vom
„Aufkommen einer Revancheidee in Deutschland“ schrei-
ben und sich Bertinag sogar zu der Aufforderung an
Briand verheißt, Deutschland doch an den Sinn des
Locarnopaktes zu erinnern, dann muß dem deutscher-
seits entgegengehalten werden, daß gerade Frankreich
es wiederholt an Verständnis für den Sinn des Lo-
carnopaktes hat fehlen lassen. Daß die Grenzen des
Unrechts gegen Volksrecht und nationalen Lebenswil-
len nicht standhalten, wie es Minister Trebrianus fest-
gestellt hat, ist schließlich eine alt bekannte Tatsache.
Und die Lehre, die man daraus ziehen muß ist die:
Grenzen des Unrechts durch Revisionen beizeiten in
gerechte Grenzen umzuwandeln!

Angesichts der schweren Opfer, die Deutschland
bisher gebracht und der Enttäuschungen, die wir im
Laufe der letzten Jahre bei den internationalen Ver-
handlungen erlebt haben, wird man es im deutschen
Volke nur begrüßen, wenn auch die Minister etwas
deutlicher werden, denn sie nähern sich damit dem
Volkempfinden. Wird doch einmal auch der Tag kom-
men, an dem ohne diplomatische Rücksichten klipp und
klar zum Ausdruck gebracht werden muß, daß das
deutsche Volk nicht länger mehr auf die Rechte ver-
zichten will, die jedem freien Volk als selbstverständlich
zustehen.

Die Feier im Reichstag.

Ansprachen des Kanzlers und des Reichsinnenministers.
— Die Befreiung Deutschlands noch nicht vollendet!
— Berlin, 11. August.

Im Mittelpunkt der Verfassungsfeier in der
Reichshauptstadt stand die Feier im Reichstag, die zu-
gleich der Befreiung des Rheinlandes von fremder
Besatzung und der Erinnerung an Walthers von der
Bogelweide gewidmet war. Schon lange vor dem Fest-
akt war der Platz vor dem Reichstag schwarz von Men-
schen. Die amtlichen Gebäude, viele Privathäuser und
die fremden Botschaften und Gesandtschaften hatten
Flaggen gehißt. Vom Brandenburger Tor wehten
sechs riesige Fahnen in den Farben des Reiches und
Preußens.

Pünktlich fuhr Reichspräsident von Hindenburg,
begleitet von seinem Sohn und Staatssekretär Dr.
Meißner, vor dem Reichstag vor, wo ihm die Volks-
menge Guldigungen darbrachte. Zur selben Minute
marschierte die 2. Kompanie des Infanterieregiments 3
aus Marienburg im Paradeschritt an und nahm in
vier Gliedern Front nach dem Reichstag aufstellung.
Der Stadtkommandant, Generalmajor Schreiber, schritt
die Front ab.

Auf der Rampe hatten etwa zweihundert Mit-
glieder des Deutschen Sängerbundes Aufstellung ge-

aus der Ruine der Stammburg sächsischer Könige steht
eine Stätte ernster Beratung, eine familiärraute Bleibe
deutscher Frauen und Mädchen erstehen, die in ihrer
juchtvollen Strenge und fröhlichen Vertrautheit wie eine
zukunftsreiche Hoffnung hinausgrüßt in das geruchsame
Tal der Saale, ins deutsche Land, ins deutsche Volk. Deut-
sche Frauen schufen dieses Wahrzeichen deutscher Kraft
und deutschen Zukunftsglaubens, und deutsche Frauen er-
füllten auch in diesen Tagen die Hallen, Gänge und Höfe
der alten Burg mit deutschem Geist. Den ersten Bera-
tungen um Wohl und Sorge zur Erhaltung deutscher
Zucht und Sitte im Handeln und Wandeln der deutschen
Frau, das in strenger Arbeit eine Woche erfüllt hatte, gab
eine Abendfeier im Burghof des Schlosses einen erheben-
den Abschluß. Jungmädchen aus Westfalen hatten zu ern-
stem Spiel geladen. Nach Sonnenuntergang sammelten
sich die Hunderte von Teilnehmerinnen im Burghof.
Freunde aus Westin und aus der Umgebung kamen her-
bei. Und es begann das Spiel von Kriemhild und Brun-
hild. Aus Hebbels Nibelungendichtung waren jene Szenen,
in denen sich ewig gültiges Frauengeschick erfüllt,
mit vorsichtiger Hand des Spielleiters Dr. Konrad Maria
Krug-Witten herausgelöst. Es waren junge Mädchen aus
deutschem Volk, die mit des Dichters Wort das Sinnbild
urewiger Weiblichkeit gestalteten, einfach und wahr, so
daß man wußte, dieses Schicksal, das deutsche Mythe ge-
staltete, ist unvergangenes deutsches Geschick. Als zum
Schluß Kriemhild, das Wissen um Siegfrieds Geschick im
Herzen, von der obersten Burgtreppe hinabschritt in das
Dunkel des Rittersaales, da spürte man, daß so auch
in der deutschen Seele ewig hinaufzusteigen bestimmt ist
in die Tiefe der Not, daß aber gleich dem Fackelschein,
der nach Kriemhilds Abgang hell aufleuchtete, auch ewig
aufleuchten wird deutscher Glaube und deutsches Fromm-
sein aus der Hingabe der deutschen Frau. Da, als die
Fackeln erloschen, da war nicht einer, ob Mann, ob Frau,
der nicht im Bann dieser sinnbildvollen Stunde gestan-
den, die so schlicht und ehrlich war und so freudig und
tief. — Sternhell spannte sich der dunkle Himmel über
das friedliche Saaletal, über das weite zerrissene deutsche
Land. — Wenn wieder der neue Tag beginnt, reifen deut-
sche Frauen zurück in deutsches Land zu ihrem Volk.
M. S. L.

nommen und trugen während der im Reichstag statt-
findenden Feier einige Nieder vor.
Im Reichstag hielt

Reichsminister Dr. Wirth

die Festansprache. Wohl sei heute die Einheit des Reiches
endgültig gesichert, das Rheinland von fremder
Besatzungsmacht frei und die Reparationsfrage in neue
Bahnen gelenkt, aber trotzdem seien bedeutsame Fra-
gen der deutschen Außenpolitik noch ungelöst. Der Ver-
sailer Vertrag wühle mit manchem Stachel im deut-
schen Fleisch!

Minister Dr. Wirth streifte dann kurz die gegen-
wärtige Lage und erwähnte dabei auch die Umbildung
des deutschen Parteiwesens. Gegenwärtig vollziehe sich
eine gewaltige Auflösung unseres Partei-
wesens. Ob aber neue Bindungen auf der politischen
Ebene nachfolgen würden, stehe noch dahin. Zusammen-
fassend könne man sagen, daß wir innenpolitisch das
freieste Volk der Welt seien, eines aber sei bei uns
noch nicht freigeworden: der politische Mensch. Mini-
ster Dr. Wirth behandelte dann nochmals die außen-
politischen Fragen und schloß seine Rede wie folgt:
Vor wenigen Wochen sind die Volksstämme am
Rhein von fremder Besatzungsmacht wieder befreit
worden. Dem standhaften Ausharren der rheini-
schen Bevölkerung und ihrem stolzen Willen zur
nationalen Freiheit und Einheit ist der glückliche Aus-
gang dieses gigantischen Ringens in erster Linie zu
verdanken. Wir gedenken ferner der Staatsmänner,
die für die Befreiung der besetzten Gebiete ihre beste
Kraft eingesetzt, gekämpft und gelitten haben, Erzber-
ger, Mathenau, Ebert, Stresemann.

Erst recht aber gedenken wir in dieser Stunde
auch unserer deutschen Brüder an der Saar, für
die nach dem vorläufigen Stöden der Saar-
verhandlungen noch schwere Zeiten bevorstehen, ehe
sie wiederum mit dem Deutschen Reich vereint sind.
Wir danken der deutschen Bevölkerung an der Saar
für das tapfere Ausharren und senden ihr ganz be-
sonders herzliche Grüße.

In unserer Freude über die Befreiung der rhei-
nischen Lande übersehen wir aber nicht, daß Räumung
nicht restlose Freiheit bedeutet. Das Land am Rhein
ist auch fernerhin noch ein Land minderen Rechts!
Wahre Freiheit gewinnen wir erst dann, wenn der
Weg vom minderen Recht zum gleichen Recht zu Ende
gegangen ist.

Wir wollen dankbar sein, indem wir weiter hoffen
und weiter arbeiten. Diese Arbeit gilt jetzt ganz be-
sonders der inneren Ausgestaltung unseres deutschen
Staatsgebäudes. Aber alle sollen mitarbeiten, alle
sollen auch mitarbeiten können. Und darum der deut-
schen Jugend und den politischen Köpfen in ihr
endlich freier Raum! Parlaments- und Volkswille
müssen zu einer besseren Übereinstimmung kommen.
Aber ihr jungen deutschen Männer und Frauen, stellt
auch nicht ab, wenn ihr glaubt, daß das
politische Antlitz der deutschen Volksvertretung keine
verwandten und liebvertrauten Züge aufzuweisen scheint.
Seid nicht unduldsam und vor allem nicht über-
heblich. Die das Reich aus dem großen Niederbruch
wieder aufrichten helfen, verdienen wahrlich nicht die
abweisende Gebärde. Macht den kommenden Reichstag
nicht arbeitsunfähig mit eurem Haß, mit eurem Na-
tionalismus. Das Gebäude der deutschen Demokratie ist
für alle da. Alle haben Raum, die guten Willens sind.
Und wo die Eingangstore noch verschlossen scheinen
oder allzu schwer beweglich, wo man sie öffnen möchte,
da ist nachzuhelfen. Aber seid dabei! — Denn wir müs-
sen endlich ein Volk, ein politisches Volk werden!

Im Gedanken an die 700-Jahrfeier für Walthers
von der Bogelweide wurde das Lied Walthers
von der Bogelweide: „Lob der deutschen Lande“ vor-
getragen. Nunmehr nahm

Reichskanzler Dr. Brüning

das Wort. Der Kanzler führte aus:

Als wir den Tag der Befreiung von fremder
Besatzung begehen konnten, haben wir mit dankbarer
Anerkennung der tapferen und erfolgreichen Haltung
der rheinischen Bevölkerung gedacht, die in den Zeiten
größter Not mit unerschütterlichem Glauben an die
deutsche Zukunft einig und geschlossen für unser deut-
sches Vaterland Opfer und Entbehrung auf sich nahm.
Hier wurde der in der Reichsverfassung niedergelegte
Gedanke „Durch deutsche Einheit zu deutscher Frei-
heit“ in vollem Sinne wahrgemacht. Sollte darin nicht
auch in diesen Tagen die Mahnung liegen, einig und
geschlossen zusammenzutreten?

Eine der schwersten Wirtschaftskrisen, deren Um-
fang und deren Auswirkungen wir noch nicht über-
sehen können, durchzieht die ganze Welt. Die Stunde
fordert Einsicht und Vertrauen in die Zukunft. Treten
wir geschlossen und einig zusammen! Niemand sei von
der Mitarbeit ausgeschlossen, der es ehrlich mit dem
Aufbau unseres Staates meint. Geloben wir aufs
neue, der Reichsverfassung lebensvollen Inhalt zu
geben. Fühlen wir uns auch in diesen Tagen als Brü-
der und seien wir bestrebt, bei sachlichem Meinungs-
austausch auch dem politisch Andersdenkenden die ihm
zukommende Achtung zuteil werden zu lassen.

Die Feier vor dem Reichstag.

Nach Hochrufen und dem Gesang des Deutsch-
landliedes verließ Reichspräsident von Hindenburg,
geleitet von dem Reichskanzler und dem Präsidenten
des Reichstages den Plenarsaal.

Bei seinem Erscheinen vor dem Reichstag brach
die nach zehntausenden zählende Menschenmenge in
begeisterte Hochrufe aus. Die Kapelle der Ehren-
kompanie der Reichswehr, die in zwei Reihen zwischen
dem Hauptportal und dem Bismarck-Denkmal Auf-
stellung genommen hatte, spielte den Präsentiermarsch.
Der Reichspräsident schritt von dem Reichstagsmini-
ster Groener, General Hesse und Generalleutnant
Stülpnagel sowie dem Stadtkommandanten von Ber-
lin, Generalmajor Schreiber, begleitet, die Ehren-
kompanie ab, wobei er nach alter soldatischer Gewohn-
heit die Richtung der präsentierenden Reichen prüfte.
Nach Aufheben der Ehrenkompanie befiel der Reichs-
präsident, nachdem er sich von den Herren seiner Be-
gleitung verabschiedet hatte, unter begeisterten aber-
maligen Hochrufen seinen Wagen, um durch die Eva-
lier bildende lebhaft grüßende Menge in sein Palais
zurückzufahren.

Wahlvorbereitungen.

Die Aufstellung der Kandidaten.

In den letzten Tagen haben zahlreiche Wahl-
kreisorganisationen ihre Kandidaten für die Reichs-
tagswahl am 14. September nominiert.

Am der Spitze der schlesischen Wahlkreise
stehen auch dieses Mal wieder besonders prominente
Namen: Das Zentrum hat den Reichskanzler Brü-
ning für Breslau und den Reichsinnenminister Dr.
Wirth für Liegnitz aufgestellt. Reichsernährungs-
minister Schiele ist Spitzenkandidat der schlesischen
Landvolksliste. Reichstagspräsident Loebe wurde von
den Breslauer Sozialdemokraten wieder aufgestellt.

Von der Staatspartei sind folgende Spitzen-
kandidaten nominiert worden: Finanzminister Dr.
Höpler-Alshoff im Wahlkreise Westfalen-Süd,
Kemmer in Pommern und Staatssekretär a. D.
Meier im Wahlkreise Potsdam II. Für den Wahl-
kreis Koblenz-Trier wurde Freiherr Nothmann von
Rheinhausen-Berlin, der Führer der „Front 1929“,
von der Demokratischen und der Volkswirtschaftlichen
Reichsvereinigung als Spitzenkandidat nominiert. In
Salle wurde für den Wahlkreis Halle-Merseburg
Landeshauptmann der Provinz Sachsen, Dr. Hü-
bner, als Reichstagskandidat der Staatspartei vorge-
schlagen. Für Schleswig-Holstein wurde als
Spitzenkandidat der Deutschen Staatspartei der Hof-
besitzer Gustav Paulsen in Hügfeld bei Eutin auf-
gestellt. Bei der Tagung der Deutschen Staatspartei in
Bremen wurde die Spitzenkandidatur des bisherigen
Reichstagsabgeordneten Ehlermann einstimmig be-
stätigt.

Der Führer der Deutschnationalen Volkspartei,
Hugenberg, ist als Spitzenkandidat für den Wahl-
kreis Westfalen-Süd vorgelegen. Auch in Wefer-Ems
soll er als Spitzenkandidat der Deutschnationalen Volks-
partei auftreten.

In den drei hannoverschen Wahlkreisen wol-
len die Deutsch-Hannoveraner und die Kon-
servative Volkspartei gemeinsam vorgehen.

Einheitsliste Volkspartei-Staatspartei.

In Baden und Württemberg. — Spitzenkandidaten:
Curtius und Heuß.

Nach einer parteiamtlichen Mitteilung der Deut-
schen Volkspartei werden zwischen der Deutschen
Staatspartei und der Deutschen Volkspartei in Baden
und Württemberg aussichtsreiche Verhandlungen über
den Abschluß eines Wahlbündnisses geführt. Es han-
delt sich um die Aufstellung gemeinsamer Listen. Reichs-
minister Dietrich hat Reichsminister Dr. Curtius die
Führung der Einheitsliste in Baden angetragen, wäh-
rend die Liste in Württemberg durch Dr. Heuß ge-
führt werden soll. In Baden ist an zweiter Stelle
der Einheitsliste Reichsminister Dietrich (Staatspar-
tei) und in Württemberg der Reichstagsabgeordnete
Reinath (Deutsche Volkspartei) vorgelegen. Die Selbst-
ständigkeit der beiden Parteien werde durch das Ab-
kommen nicht berührt.

Die Hintergründe der Krise.

„Europa muß für den Fehler büßen, die Gehehe der
Wirtschaft und der Solidarität verlegt zu haben.“

Die italienische Zeitung „Popolo di Roma“ be-
schäftigt sich in einem „Die Fesseln“ überschriebenen
Artikel mit der Massenarbeitslosigkeit der Industrielän-
der und der Krisen in der gesamten Weltwirtschaft.
Wenn man die Gründe der Krise erforschen wolle,
so schreibt das Blatt, müsse man den Mut aufbringen,
anzuerkennen, daß man vor einer der schlimmsten Aus-
wirkungen des Weltkrieges, und, um deutlicher zu sein,
der Friedensverträge stehe.

Zwischen dem Wirtschaftsleben aller Völker be-
stehe eine enge, unlegbare Wechselwirkung. Als die
ersten wirtschaftlichen Schwierigkeiten auftraten, hät-
ten sich die reichsten Länder nur noch mehr isoliert
und Gold, Kolonien und Rohstoffe monopolisiert, statt
die ungerechten Friedensbedingungen einer Nachprüfung
zu unterziehen und zu korrigieren. Diese absolute pro-
tektionistische eingestellte Wirtschaft, die künstlich eine
Reihe von Jahren gehalten werden konnte, breche jetzt
zusammen. Letzten Endes müsse man jetzt für den
Fehler büßen, die Gehehe der Wirtschaft und der
menschlichen Solidarität verlegt zu haben.

Türkisch-persischer Krieg?

Einmarsch türkischer Truppen in Persien. — Neue
Kämpfe bei Peshawar. — Täglich 6000 Bomben!
— Konstantinopel, 12. August.

Der Kurden-Aufstand an der türkischen Grenze
hat zu einem ersten Konflikt zwischen der Türkei und
Persien geführt. Die türkische Regierung beschuldigt
Persien, die Einfälle der Kurden in die Türkei zu be-
günstigen und hat deshalb Truppen über die Grenze
entsandt, die den Kurdenaufstand auf persischem Ge-
biet vollends niederzuschlagen sollen. Ob Persien nun-
mehr gleichfalls Truppen in die Grenzzone entsenden
wird, steht im Augenblick noch nicht fest. Man hofft
aber, daß Persien sich mit einem Protest beim Völker-
bund — dem aber die Türkei nicht angehört — be-
gnügen wird.

Aus dem Reiche des gegenwärtig in Deutschland
weilenden Königs Feisal wird berichtet, daß in den
nördlichen Provinzen des Iraks, wo die Bevölke-
rung fast ausschließlich aus Kurden besteht, starke Un-
ruhe herrscht. Um es nicht auch hier zu einem allge-
meinen Aufstand kommen zu lassen, haben sich der
stellvertretende Oberkommissar, der Verteidigungsmini-
ster sowie der Innen- und der Justizminister nach Kur-
distan begeben. Der Aufstand erscheint als eine von Eng-
land her mit Geldmitteln genährte Unabhängigkeitsbewe-
gung, die auf das türkische Gebiet sowohl von Persien,
als auch vom Irak und von Syrien her hinübergreift.
Die von den Führern der Kurdenbewegungen in die-
sen Ländern unter der Bevölkerung der türkischen
Grenzgebiete verteilten Aufrufe kündigen den „Kampf
für die Freiheit der Kurden bis zum äußersten“ an.

Auch an der indisch-afghanischen Grenze ist es
nach wie vor sehr unruhig. Die Afghans sind bei ihrem

erinnert, der
Mox mich a